

Berlin, 10. Februar 2009

### Ohnmächtige Bundes- Wirtschaftspolitik

*Eine Demission als Menetekel*

Die aktuelle Demission eines der "letzten Anhänger der sozialen Marktwirtschaft" in der schwarz-roten Bundesregierung ist nur vordergründig eine bloße Personalie und ein unions-interner Kollateralschaden zwischen Berlin und München.

In der Sache ist die real fast geschlossen „sozialdemokratisch“ eingefärbte derzeitige Wirtschafts-, Steuer- und Gesellschaftspolitik nun endgültig auf dem Prüfstand der politischen Klasse, der medialen Öffentlichkeit und des Wahlvolks angekommen. Dabei geht es um die eigentlichen Themen, jenseits des zusätzlichen bloßen Reparatur- und Krisenmanagements zur Bekämpfung der überlagernden aktuellen Banken- und Finanzmarktkrise.

Die drängenden Reformen (bzw. Korrekturen zu vergangenen "Basta-Reformen") finden schon lange nicht mehr statt. Die erforderlichen neuen Ideen, wie eine innovative Bundesregierung das Land aus der sich schnell zuspitzenden Struktur-Wirtschaftskrise überzeugend heraus führen könnte, werden von keiner offiziellen Seite mehr hörbar genannt. Die große Koalition hat ersichtlich kein geschlossenes Konzept, anscheinend nicht einmal ministerielle Schubladen-Programme, angesichts eines bereits voll angelau-

fenen Wahlkampfes im Lande.



Das ist für die Bürgerinnen und Bürger äußerst beängstigend und verlangt nach dem Machtwechsel zur verträglichen bürgerlichen Mehrheit von Schwarz-Gelb, leider aber erst erzielbar im Spätherbst 2009, wenn alles gut gegangen sein wird. Bis dahin verfolgt das Land ohnmächtig und mit angehaltenem Atem in bloßen Talk-Shows Woche für Woche, dass kein überzeugender Masterplan und keine "konzertierte Aktion" von den noch verantwortlichen Politakteuren zu hören ist.

In dieser Lage lässt es Schlimmes befürchten, wenn der verantwortliche Wirtschaftspolitiker der Mehrheitsfraktion CDU/CSU knapp 8 Monate vor der Wahl die Brocken laut und entnervt hinschmeißt.

Offenbar ist auch sein eigenes Schlüsselressort als die von Amts wegen kreativ zur operativen Zuarbeit verpflichtete Politikberatung nicht (mehr) der großen Aufgabe

und Verantwortung gewachsen, wie wir das in früheren Krisen zu Zeiten von Graf Lambsdorff und Ludwig Erhard mit Recht aus dem Wirtschaftsministerium erwarten durften.

Sachliche Erneuerung, souverän führende Gestaltungskraft und sachgebundene Glaubwürdigkeit zur Bewältigung der schwersten Krise, vornehmlich im Inland, fehlen.

Es ist diese weitgehende Fehlanzeige, die das eigentliche, unübersehbar beängstigende Not-Signal in Form der Aufgabe des bisherigen Bundeswirtschaftsministers darstellt.

Das Machtgefüge der großen Koalition ist erstarrt. Das Land, das nach Aktion und Wandel verlangt, ist in Not. Der Nachfolger (37), der erst noch einzuarbeiten sein wird, kann in der verbleibenden Übergangszeit naturgemäß nichts Nennenswertes bewirken.

Fazit: Kein "Change", keine Ideen und keine Impulse, keine Einsparungen, keine Reformen. Es herrscht Stagnation bei maximaler Verschuldung, d. h. mit allerhöchster Staatsquote.

Unsere FDP wird schleunigst dringend gebraucht, um den Machtwechsel zu wagen und den stehen gebliebenen Wandel zu bewirken.

Ihr